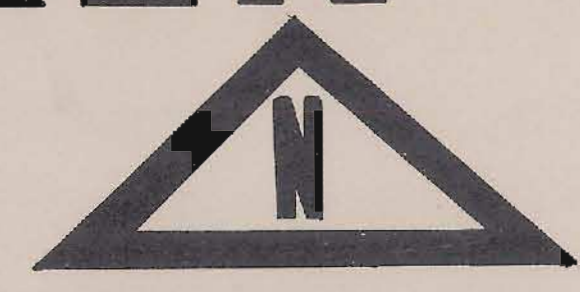


# BEBAUUNGSPLAN "RÄDLESÄCKER / SCHWARZE ÄCKER" TÜBINGEN - PFRONDORF M. 1:500



10 5 0 10 20 30m

## TEXTLICHE FESTSETZUNGEN:

### A. PLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

Nach § 9 Baugesetzbuch (BauGB) und §§ 1-77 Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung des Investitionsförderungs- und Schulbaulandgesetzes vom 22.04.1993 (BGBl. I S. 456f) ist folgendes festgesetzt:

- Öffentliche Grünfläche (§ 9 (1) Nr. 15 BauGB)  
Die öffentliche Grünfläche dient der Zweckbestimmung "Friedhof".
- Überbaubare Grundstücksfläche (§ 23 BauNVO)  
2.1. Zulässig sind eine Aussegnungshalle und dem Friedhof dienende bauliche Anlagen.  
2.2. Auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche können ausnahmsweise untergeordnete, dem Friedhof dienende bauliche Anlagen und dem Friedhof zugeordnete Stellplätze zugelassen werden.
- Fischen für Stellplätze (§ 9 (1) Nr. 4 BauGB und § 12 BauNVO)  
Siehe Flanderstellung.
- Öffentliche Verkehrsflächen (§ 9 (1) Nr. 11 BauGB)  
Siehe Flanderstellung.
- Pflanzgebot / Pflanzhaltung (§ 9 (1) Nr. 23 BauGB)  
5.1. Die als Pflanzgebot gekennzeichneten Bäume sind als großkronige und standortgerechte Laubbäume zu pflanzen.  
5.2. Die als Pflanzhaltung gekennzeichneten Bäume sind zu erhalten.

### B. HINWEISE

Sollten im Zuge der Bauarbeiten archäologische Fundstellen (z.B. Mauern, Gruben, Brandschichten o.ä.) angetroffen oder Funde gemacht werden (z.B. Scherben, Metallteile, Knochen), ist das Landesdenkmalamt unverzüglich zu benachrichtigen. Auf § 20 Denkmalschutzgesetz (DSchG) wird hingewiesen.

Die Parzelle Flst.Nr. 496 wurde auf Altlasten untersucht und in Kategorie "A" (nicht altlastenverdächtig) eingestuft. (Landesamt für Umweltschutz - Handbuch Historische Erhebung altlastenverdächtigster Flächen, 1992).

## VERFAHRENSVERMERKE:

### AUFSTELLUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Stadt Tübingen hat am 31.08.1994 beschlossen, den Bebauungsplan gemäß § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) aufzustellen und eine Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB durchzuführen. Dieser Beschluss wurde am 01.10.1994 öffentlich bekanntgemacht.

### BÜRGERBETEILIGUNG

Die Bürgerbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 12.10.1993 und in der Zeit vom 13.10.1993 bis 28.10.1993 mit Gelegenheit zur Äußerung sowie Erörterung der Planung.

BETEILIGUNG DER TRÄGER ÖFFENTLICHER BELÄNGE  
Die Träger öffentlicher Belange wurden gemäß § 4 Abs. 1 BauGB bei der Aufstellung des Bebauungsplans am 04.09.1994 beteiligt.

### AUSLEGUNGSBESCHLUSS

Der Planungsausschuss der Stadt Tübingen hat am 09.05.1994 den Bebauungsplan als Entwurf genehmigt und seine öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.

### ÖFFENTLICHE AUSLEGUNG

Der Bebauungsplan-Erweiterung ist Begründung hat gemäß § 3 Abs. 2 BauGB nach vorheriger öffentlicher Bekanntmachung am 18.05.1994 in der Fassung vom 15.04.1994 vom 30.05.1994 bis 01.07.1994 in der Fassung vom 15.04.1994 öffentlich ausliegen.

### SÄTZUNGSBESCHLUSS

Der Gemeinderat der Stadt Tübingen hat am 29.08.1994 den Bebauungsplan gemäß § 16 BauGB, § 70 Landesbauordnung und § 4 Gemeindeordnung als Satzung beschlossen. Maßgebend ist die Fassung vom 15.04.1994 mit rechtsverbindlichen Festsetzungen in der Fassung vom 15.04.1994 / 10.05.1994. Die Durchführung der im Versammlungsprotokoll beschriebenen Maßnahmen wird beauftragt.

Tübingen, den 31.08.1994

Bürgermeisteramt  
Tübingen  
16.05.1994  
Bürgermeister

### ANZEIGEVERFAHREN

Der Bebauungsplan wurde gemäß § 11 BauGB dem Regierungspräsidium Tübingen angezeigt. Das Anzeigeverfahren wurde mit Verfügung vom 30.09.1994 Nr. 22-32/251.2-1 abgeschlossen.

### AUSFERTIGUNG

Der Bebauungsplan wurde am 04.10.1994

Bürgermeisteramt  
Tübingen  
16.05.1994  
Bürgermeister

### INKRAFTTRETEN

Die Durchführung des Anzeigeverfahrens wurde gemäß § 12 BauGB am 19.10.1994 abgeschlossen. Mit dieser Bekanntmachung wurde der Bebauungsplan rechtsverbindlich. Tübingen, den 24.10.1994

Stadtplanning  
Tübingen  
16.05.1994  
Stadtplanning



## BEBAUUNGSPLAN "RÄDLESÄCKER / SCHWARZE ÄCKER" TÜBINGEN - PFRONDORF

IN DER FASSUNG VOM 15.04.1994



BÜRGERMEISTERAMT  
IN VERRETTUNG  
STADTPLANUNGSAMT  
STADTBAUDIREKTOR

Nr. 5048

## DAS ANZEIGEVERFAHREN GEM. § 11 BAUGB WURDE

MIT VERFÜGUNG VOM 30.09.1994 NR. 22-32/251.2-1 ABGESCHLOSSEN

TEILHABEN DEN ANZEIGEVERFAHREN

RECHT GRUNDSTÜCKSNUMMER

STADT TUBINGEN

STADTPLANUNGSAMT

STADTBAUDIREKTOR

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT

STADTMESSUNGSAMT